Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich M. 4600 u. Bestellgeb.; ins Ausland M. 8600 mit Porto. Das Leipziger Tageblatt ersch. tägl. morgens, außer Montags. Nummern, die infolge höherer Gewalt nicht erscheinen, werden nicht ersetzt. — Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 17080—17092); ebenda und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für ausw. Inser. M. 270.—, Sonderpreise: Familienanz. v. Priv., die mm-Zeile M. 30.—, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb., die mm-Zeile M. 75.—, Stellengef. die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntm. Doppel-mm-Zeile M. 300.—, f. ausw. M. 540.—, Rekl. 72 mm br., die mm-Zeile M. 750.—, f. ausw. M. 1200.—. Auslandsanz. m. Valutaaufschl. Bei Wiederhol. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindlich. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck: Leipzig 3004. Druck u. Verl. Leips. Verlagsdr. G. m. b. H. Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 89 | **Einzelnummer 300 Mark** | Sonntag, den 15. April 1923 | **Fern-Ausgabe** | 117. Jahrg.

Das Schicksal der Januar-Vorschläge

Berlin, 14. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Reichsregierung veröffentlicht den Depeschenwechsel, den sie während der Pariser Konferenz vom 31. Dezember bis 3. Januar mit der deutschen Botschaft in Paris und mit Staatssekretär Bergmann wegen der möglicherweise schriftlich zu bewirkenden Ueberreichung des deutschen Reparationsplanes gepflogen hat. Danach hat Botschafter Mayer, da er den durch parlamentarische Arbeiten, die Konferenz selbst und durch Neujahrsempfänge überlasteteten Poincaré nicht zu sprechen bekam, dem Direktor im Auswärtigen Amt, De Peretti della Rocca, von dem Vorliegen des deutschen Reparationsplanes, der eine Garantie der deutschen Wirtschaft vorsieht, Mitteilung gemacht. Peretti bemerkte, daß dieses Zusammenwirken mit der Industrie von sehr großer Wichtigkeit sei und versprach, die Mitteilung dem Ministerpräsidenten schleunigst zu übermitteln.

Am 2. Januar kam von dem inzwischen eingetroffenen Staatssekretär Bergmann die erste Meldung aus Paris. Sie lautete: „Eine informierte Persönlichkeit erklärte, wir möchten ruhig die Entwicklung der nächsten Tage abwarten. Es bestehe wenig Aussicht, daß ich über den deutschen Plan gehört werde."

Politik im Volk

L. G. Leipzig, 14. April.

„Handeln sollst du so, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal der deutschen Dinge ab, und die Verantwortung wäre dein." Man möchte diesen Worten, in die der Reichskanzler seine Rede zur Trauerfeier vom 10. April ausklingen ließ, den stärksten Widerhall im deutschen Volke wünschen. Denn in ihnen ist geradezu die Lebensregel des demokratischen Staates beschlossen. Sie bezeichnen den Weg ins Freie, die Erlösung von dem Uebel der Eigenbröteleien und Sonderbündeleien, der Verschwörungen und Machenschaften, in die man die Anfänge unserer Republik verstrickt sieht.

So Großes Bismarck für sein Volk geleistet hat, so hat er doch versäumt, es zu der Gewohnheit des ernsthaften politischen Denkens zu erziehen. Ihm entging keineswegs, daß die Einigung der deutschen Stämme, dieser weit inniger in Hütten als in Palästen gehegte, im Volkslied und Märchen heimische Traum, nur auf breitester demokratischer Grundlage verwirklicht werden könne. Beweis: das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das er gegen dynastische Widerstände, ja auch gegen die Einwendungen, die der Aristokrat in ihm selber erheben mochte, für den Reichstag durchsetzte. Wenn er den nächsten Schritt nicht tat, der naturgemäß in der politischen Mobilisierung der Massen, in der Ausbildung einer wirklichen „öffentlichen Meinung" bestanden hätte, so findet man die psychologische Erklärung dafür in der Eigenwilligkeit des Genies, das einzig in sich selber ruhend, zu jeder Zeit absoluter Herr seiner Entschlüsse bleiben will. Aller Erfahrung jedoch widerspricht das Vertrauen, daß irgendein Spiel des Zufalls oder der Vorsehung zu jeder Zeit einem genialbegabten Manne die Führung des Gemeinwesens überantworten werde. Ebensolches Vertrauen, vielmehr solche Vertrauensseligkeit aber war es, der das deutsche Bürgertum sich hingab, als längst die Eigenwilligkeit ohne Genie am Steuer stand, die im höchsten Maße der Korrektur durch eine auf der allgemeinen Uebung des politischen Nachdenkens beruhenden öffentlichen Meinung bedurft hätte.

Die politische Geschichte Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten zeigt keine Persönlichkeit, die mit bismarckischen Maßen aus der Menge der Staatsmänner hervorragen würde. Wenn gleichwohl die Geschäfte dieser Länder vor, in und nach dem Kriege in der Regel, wie wir nur allzu deutlich erfahren haben, tüchtig genug geführt wurden, so ist ein wesentlicher Grund dafür in nichts anderem als dem politischen Instinkt zu suchen, der dank dem allgemein geübten Brauch der verantwortungsbewußten politischen Ueberlegung einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht hat. Denn erst durch das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit, erst durch das Bewußtsein, daß die Dinge des Gemeinwesens die ernste Angelegenheit jedes einzelnen seien, erhebt sich politisches Denken und Reden aus den Niederungen der Kannegießerei, an der bei uns wahrlich kein Mangel ist, zu einem Bestandteil einer nicht nur als Zeitungsphrase vorhandenen öffentlichen Meinung, die in Wahrheit berufen ist, aus der Tätigkeit von Millionen Gehirnen, unzähligen Gesprächen klare Richtlinien für das Tun der Regierenden sich abheben zu lassen. Man vergleiche doch nur die Ratlosigkeit, in der bei uns die politischen Unterhaltungen im Falle von Regierungskrisen zu plätschern pflegen, mit der Sicherheit, mit der in solchen Fällen die öffentliche Stimme in jenen Ländern fast immer die der jeweiligen Situation angemessenen Namen nennt.

Wir wissen wohl, daß es in gewissen Kreisen üblich ist, dem deutschen Volk Neigung oder Fähigkeit zur Selbstregierung abzusprechen. Der Einwand ist ohne Gewicht, denn er wurde noch jedesmal erhoben, wenn abgewirtschaftete, doch nicht zum Verzicht bereite Reaktion sich den Ansprüchen der Demokratie gegenüber sah. Und doch, — glaubt man im Ernst, daß dieses hochbegabte Volk, das auf allen Gebieten menschlichen Denkens Außerordentliches geleistet hat und noch täglich in ungezählten Studierzimmern, Hörsälen, Laboratorien und Werkstätten leistet, just im politischen Denken, in dessen Bereich es zum Ueberfluß schon zu den Anfängen der europäischen Staatenbildung Wesentliches beitrug, hinter dem Durchschnitt zurückbleiben müsse? Nein, die Durchdringung unseres Volkes mit ernsthaften politischen Gedanken, die beständige verantwortungsbewußte Teilnahme der gesamten Nation an der Führung der öffentlichen Geschäfte ist ein durchaus erreichbares Ziel. Und dort angelangt, werden wir nicht mehr den Horizont nach Führern abzusuchen brauchen, sondern aus der Mitte einer im guten Sinne des Wortes politisierten Nation eine reichliche Auswahl an Politikern und Diplomaten zur Verfügung haben, die in nichts hinter den Staatsmännern anderer Völker zurückstehen, unserer Republik den ihr gebührenden Rang in der vordersten Reihe der Nationen zurückgewinnen werden.

Beginnende Einsicht

München, 14. April.

Aus Anlaß der Weigerung Dietrich Eckarts und des Redakteurs Weger vom Miesbacher Anzeiger, vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zu erscheinen, warnt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei davor, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes sei von Bayern anerkannt und müßte respektiert werden. Selbst die sonst für Hitler eintretenden Münchner Neuesten Nachrichten warnen vor Umüberlegtheiten. Einen Konflikt durch einen Rechtsbruch herbeizuführen, sei jetzt ein Verbrechen.

*

Der Leiter des polizeilich durchsuchten und ausgehobenen Bureaus der Deutschvölkischen Freiheitspartei Friedrichsdorff hat bei seiner Vernehmung im Berliner Polizeipräsidium die in Ausübung ihrer Pflicht befindlichen Beamten wüst beschimpft, so daß gegen ihn ein Verfahren wegen Beamtenbeleidigung eingeleitet worden ist.

Verbot eines deutschvölkischen Organs

Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung

Dresden, 14. April.

Der Herausgeber und Schriftleiter des Organs der völkischen Vereine Sachsens Deutsche Wach, in Dresden ist von dem Dresdner Schöffengericht wegen eines Artikels, der gegen den § 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik verstößt, zu zwei Wochen Gefängnis und 30 000 M Geldstrafe verurteilt worden. Aus dem gleichen Grunde hat die Regierung die letzte Nummer dieses Organs beschlagnahmt. Der Verurteilte hat Berufung eingelegt.

England gegen Rußland gereizt

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

London, 14. April

Eine halbamtliche Auslassung in der Times erklärt, es empfehle sich, mit äußerstem Ernst eine Warnung an die russische Regierung zu richten. Sie soll zum Ausdruck bringen, welche ernste Wendung die russisch-englischen Beziehungen durch das schroffe Verhalten der Moskauer Regierung genommen haben. Nicht nur vom ausgesprochen bolschewistischen Teil der öffentlichen Meinung Englands, sondern auch durch den Aufruf der Vertreter aller Kirchenorganisationen Englands, denen die breite Masse des englischen Volkes aus den verschiedensten Parteien angehört, soll ein schwer ins Gewicht fallender Druck ausgeübt werden, um die Moskauer Regierung zu veranlassen, ihr außenpolitisches Verhalten zu mäßigen und in der Behandlung kultureller und religiöser Fragen duldsamer zu werden. England könne seine Beziehungen zu Rußland nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Erwägungen einrichten, sondern müsse auch internationale kulturpolitische Gesichtspunkte berücksichtigen.

Die russische Telegraphenagentur nimmt in einer halbamtlichen Auslassung aus Moskau zu dem Vorwurf der Unduldsamkeit und der religiösen Verfolgungen in dem Aufruf der englischen Kirche Stellung. Die russische Antwort behauptet, im Sowjetstaat sei die Ausübung propagandistischer Bekämpfung jeder Religionsform frei. Die einzige Stellungnahme der Sowjets gegen die Religion bestehe in dem Verbot der Erteilung des Religionsunterrichtes bei Kindern. Dies sei notwendig, um die Kinder im eindrucksfähigsten Alter vor Vorurteilen der Religion zu schützen.

Der Daily Telegraph und die Westminster Gazette unterstreichen in Leitartikeln die Bedeutung des Kirchenaufrufes als eine Kundgebung der öffentlichen Meinung Englands. Im Organ der Arbeiterpartei, dem Daily Herald, gibt der Abg. Lansbury den Machthabern in Moskau den Rat, auf die blutigen und grausamen Verfolgungen der Geistlichen zu verzichten und solche Elemente unter ihnen, die sich der neuen Staatsform nicht unterzuordnen vermögen, lieber auszuweisen, als zu verurteilen. Dieser Wink der Arbeiterpartei nach Moskau beleuchtet am besten die zurzeit im Gange befindliche antirussische Bewegung.

Eine kuriose Note

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. April.

Die französische Regierung hat in Berlin eine Note überreicht, in der sie sich gegen den Gebrauch des Wortes „feindlich" in bezug auf Frankreich in der Rede des Reichskanzlers bei der Trauerfeier für die Essener Blutopfer wendet. Die Frage der Beantwortung dieser Note und ihrer Veröffentlichung wird von der Reichsregierung gegenwärtig erwogen.

*

Der deutsche Reichskanzler hätte also in dem Moment, wo die von den Franzosen massakrierten deutschen Staatsbürger begraben wurden, die Freundschaft Frankreichs rühmen sollen? Man kann es den Franzosen nachfühlen, wie fatal es für sie ist, daß ihre Taten mit friedlichen Worten mit einem Male nicht gedeckt werden können. Im Französischen macht sich eine derartige Anschmiegung des Wortes an diamables Handeln ja etwas leichter; aber das Deutsche — „ein swer Sprak, ein plump Sprak".

Massen-Ausweisungen

Frankfurt a. M., 14. April

In Höchst a. M. erhielten gestern früh 95 Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl. Ihre Familien müssen innerhalb von vier Tagen folgen.

In Hochheim a. M. erhielten sämtliche Eisenbahnbedienstete den Ausweisungsbefehl, desgleichen 60 Eisenbahnbedienstete, vornehmlich Lokomotivpersonal, in Wiesbaden. Ihre Familien müssen bis Dienstag folgen.

Aus Mainz haben die Franzosen gestern mittag mit sofortiger Wirkung 36 Eisenbahnbedienstete mit ihren Familien ausgewiesen.

*

Eine namhafte Spende für die Ruhrhilfe ist durch die Besatzung des englischen Kreuzers Caledon gestiftet worden, der nach dem litauischen Einfall im Memeler Hafen vor Anker lag.

Die Tortur des Essener Bürgermeisters

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Essen, 14. April.

Das Urteil des Kriegsgerichts in Recklinghausen gegen den Vertreter des Oberbürgermeisters in Essen, den Bürgermeister Schäfer, war von der Revisionsinstanz aufgehoben worden. Damit hatte sich das Kriegsgericht zum zweiten Male mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Bürgermeister Schäfer ward vom Kriegsgericht in Bredeney wegen Verweigerung von Requisitionen zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die Revisionsinstanz Mainz hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Kriegsgericht in Recklinghausen. Das Kriegsgericht Recklinghausen hat Bürgermeister Schäfer zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Verteidiger, Justizrat Dr. Riemeyer wiederum Revision eingelegt, und das Gericht in Mainz hat der Revision auch zum zweiten Male stattgegeben und den Prozeß an das Kriegsgericht in Düsseldorf zur nochmaligen Verhandlung verwiesen.

Das böse Gewissen

Auf Veranlassung des Generals Degoutte haben sämtliche Divisionskommandeure Delegierten des Roten Kreuzes in Essen Zutritt zu den Gefängnissen gewährt und ihnen gestattet, die Gefangenen durch das Rote Kreuz verpflegen zu lassen. Viele hundert Gefangene konnten durch das Rote Kreuz besucht werden. Außerdem ist es den Delegierten gelungen, an fast allen Orten, wo sich Gefängnisse befinden, örtliche Gefangenen-Hilfsausschüsse unter dem Schutze des Roten Kreuzes ins Leben zu rufen, die neben der Verpflegung die Gefangenen mit Wäsche versorgen und schon manche Erleichterung für die Gefangenen erwirkt haben.

*

Die Franzosen lassen den von ihnen eingesperrten ruhigen Bürgern von anderen Kleidung und Essen geben. Wie edelmütig!

Die Pariser Konferenz

Verschärfung des Drucks

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 14. April.

Die Angaben der französischen Presse über die neuen Maßnahmen, die ins Auge gefaßt sind, um den Druck auf Deutschland zu verstärken, sind sehr wenig eingehend und genau. Nach dem Petit Journal betreffen diese Maßnahmen folgende Punkte: An erster Stelle ist beschlossen worden, daß den alliierten Behörden im Ruhrgebiet Befehl zugeht, daß sie zugunsten der Reparationskasse die regelmäßige Erhebung der Kohlensteuer verlangen unter Androhung von Sanktionen, die mitaußerordentlicher Strenge durchgeführt werden sollen. Neue Maßnahmen werden getroffen, um die Kohlensendungen nach Frankreich und Belgien nachdrücklicher und schneller zu gestalten. Auf Vorschlag Guilleaumes, der der Sitzung beiwohnte, wird die Zahl der Halden, von denen auf der Ruhrkohlen abtransportiert wird, von 13 auf 20 erhöht werden. „Wir erhalten auf diese Weise", so schreibt das Blatt, „genügend Kokomengen für die Bedürfnisse unserer Hütten, so daß binnen kurzem alle unsere Hochöfen so wie vor der Besetzung des Ruhrgebietes mit vollen Erträgen arbeiten werden."

Schließlich hat die Konferenz eine Menge von neuen Maßnahmen gutgeheißen, die trotz des Widerstandes des Reiches das Funktionieren der Eisenbahnregie in den besetzten Gebieten ermöglichen werden. Die Tarife werden erhöht werden, so daß sie eine wirtschaftliche Ausbeute zulassen und die Kosten decken. Ferner glaubt der Eclair zu wissen, daß die Zahl der Besatzungstruppen im Ruhrgebiet bedeutend erhöht werden wird.

Wachsende Verhandlungs-Aussichten

Die Times läßt sich in einem Leitartikel über die Lage im Ruhrkonflikt aus. Auch dieses Blatt deutet in vorsichtiger Sprache an, daß die Verhandlungsaussichten sich bessern, indem es schreibt: „Seit einiger Zeit kann man erkennen, daß das Verlangen aller europäischen Länder nach Frieden im Ruhrkonflikt das starre Verhalten Frankreichs zu brechen beginnt. In Deutschland wird der passive Widerstand zwar noch aufrechterhalten, aber deutsche Staatsmänner zeigen zugleich klugerweise eine größere Bereitschaft zum Verhandeln. Auf der anderen Seite sind Anzeichen dafür vorhanden, daß in Frankreich die Ansichten zwar weniger starr zu werden beginnen. Der Siegerwille ist zwar noch ungeschwächt, aber es besteht scheinbar Neigung, in einem weniger starren Geist zu interpretieren als während der letzten Zeit der Besetzung."

Nach dem linksrheinischen Teil des Oberpostdirektionsbezirks Düsseldorf werden gewöhnliche Pakete und unversiegelte Wertpakete bis 10 Kilogramm, nach der Rheinpfalz Pakete jeder Art ohne Gewichtsbeschränkung aus dem unbesetzten, altbesetzten und dem Einbruchsgebiet zur Bestellung wieder angenommen.

SLUB
Wir führen Wissen.